

*Wolfgang Streeck*

Das Projekt eines europäischen Wohlfahrtsstaats ist längst gescheitert. Noch gibt es den europäischen Wohlfahrtsstaat, aber nur im Plural, auf nationaler Ebene und als nationale demokratische Errungenschaft. Seine Ersetzung oder auch nur Flankierung durch eine dem gemeinsamen Binnenmarkt angeheftete "soziale Dimension", propagiert unter Jacques Delors in den 1990er Jahren, ist ein Wunschtraum geblieben. Dass daran allein Margaret Thatcher und die Briten schuld sind, ist ein linker Mythos. In Wahrheit waren und sind die Traditionen der Beteiligung von Staat und Gewerkschaften an der politischen Regulierung des Kapitalismus von europäischem Land zu europäischem Land zu verschieden. Mitbestimmung durch Mitgliedschaft von Belegschaftsvertretern im Aufsichtsrat deutscher Großunternehmen und Mitbestimmung durch Besetzung von französischen Vorstandsbüros nebst Verhaftung der Manager durch ihre Beschäftigten lassen sich nicht auf einen Nenner bringen.

Dadurch, dass man die Briten ihren eigenen Weg gehen lässt oder gar ihren Austritt provoziert – wenn dies denn noch nötig wäre – wird "Europa" nicht zu einem supranationalen Wohlfahrtsstaat. Ein Abschied der Briten aus der EU wird nicht einmal dazu führen, dass das Währungs- und Fiskalregime des Euro "linker" oder "keynesianischer", also expansionistischer wird. Großbritannien gehört dem Euroland bekanntlich nicht an und wird ihm nie angehören. An der Stagnation in Südeuropa und in Frankreich ist London nicht schuld. Selbst eine Deutschland majorisierende Koalition der südlichen Euroländer unter französischer Führung in einem Euro-Parlament, wie kürzlich von Piketty und anderen vorgeschlagen, könnte den Durchbruch zu einer sozialistischen Politik für Euro-Europa nicht schaffen. Neben dem Parlament, das es erst noch geben müsste, aber nie geben wird, gäbe es die Europäische Zentralbank und den Europäischen Gerichtshof. Zwar erkaufte sich die EZB durch neuar-

tige Formen der monetären Staatsfinanzierung *sub rosa* das Wohlwollen einiger Regierungen. An ihrer neoliberalen "Reform"-Agenda hält sie aber unbeirrt fest, trotz fehlenden politischen Mandats. Dabei schreckt sie, siehe Griechenland, nicht davor zurück, eine demokratisch gewählte nationale Regierung durch Abschneiden der Geldversorgung zu erpressen. Auch der Europäische Gerichtshof ist gegen demokratische Einflussnahme immun und wird nicht aufhören, durch extensive autoritative Auslegung der Verträge seine berühmten "vier Freiheiten" durchsetzen, zur Not auf Kosten des Streikrechts – vom europäischen Wettbewerbsrecht und seinem Verbot "staatlicher Beihilfen" zu schweigen. Auch daran sind nicht die Briten schuld, oder doch nicht in erster Linie: die Erfinder sitzen in Deutschland.

Kein Wunder, dass die in den europäischen Verträgen ins enthusiastische Auge gefasste "*ever closer union among the peoples of Europe*" mittlerweile überall in Europa zu einer Schreckensvorstellung geworden ist. Großbritannien ist da alles andere als eine Ausnahme. Jeder denkbare weitere Schritt in Richtung auf einen wie auch immer föderalen europäischen Superstaat wird heute an den Wählern scheitern, selbst dort, wo es eines Referendums nicht bedarf. Dies gilt auch für Deutschland – das Land, das in einem als Staat geeinten Europa den Ton angeben würde. Höchste Zeit also, sollte man denken, gerade auch für die Linke, mit der dringend nötigen Diskussion der im Brüsseler Jargon so genannten *finalité* des europäischen Integrationsprozesses zu beginnen – wofür die britischen Forderungen nach einer Neubestimmung des Verhältnisses zwischen "Europa" und seinen Mitgliedsstaaten einen idealen Anlass hätten bieten können.

Aber nichts dergleichen ist geschehen. Die Eurokraten und die sie tragenden Regierungen scheuen Diskussionen über Ziel und Ende der europäischen Integration wie der Teufel das Weihwasser. Wenn es noch eines Beweises für die selbstverschuldete politische Impotenz von "Brüssel" bedurft hätte – für die Angststarre der in ihrer historischen Sackgasse

festgefahrenen "Europapolitik" – dann war es der Umgang mit den britischen Forderungen. Reflexartigen Polemiken über die ewigen britischen Sonderwünsche, in einer Zeit, in der alle europäischen Nationen längst ähnliche Sonderwünsche hegen, folgte der Übergang zum Brüsseler Normalverfahren: die Aushandlung eines Kommuniqués bewährter Art, mit dessen Hilfe alle beteiligten Regierungen und die Eurokratie sich und anderen einreden können, dass sie sich durchgesetzt haben. Die Erstellung solcher Texte, in denen große Themen in kleine technokratische Petitesse zerlegt werden, die kein Außenstehender verstehen kann, ist eine mittlerweile zur Perfektion entwickelte, vielleicht die einzige und jedenfalls bei weitem wichtigste Brüsseler Kunst. Das Problem, das aber die „Europapolitiker“ nie gestört hat, ist, dass der Preis der Einigung regelmäßig darin besteht, dass deren Substanz nach ein paar Monaten verbraucht ist und erneuter kollektiver Bearbeitung und Scheinlösung bedarf. Zwischendurch jedoch ist Ruhe, und solange sich bei der nächsten Runde niemand an die letzte erinnert, kann die Arbeit an dem, was als „europäische Idee“ ausgegeben wird, weitergehen.

So wurde also eine weitere Chance vertan, sich einen Plan B auszudenken. Dieser müsste, wenn "Europa" gerettet werden soll, Nationalität, nationale Grenzen und nationale Interessen entschieden enttabuisieren. Gerade der Linken, die ja den europäischen Wohlfahrtsstaat verteidigen will, sollte dies, nach dem Scheitern ihrer Delors'schen Illusionen, leicht fallen. Das organisierte Europa wird nicht überleben, solange die deutsche Regierung unter Einsatz europäischen Rechts Ländern wie Polen oder Dänemark eine Umstrukturierung ihrer Bevölkerung durch Öffnung ihrer Grenzen für Kontingente von Migranten, die als Prozentsatz einer nach oben offenen Gesamtzahl berechnet werden, durch „Brüssel“ verordnen lassen kann – nur damit Deutschland und die deutsche Wirtschaft ihr selbsterzeugtes demographisches Problem zu einem europäischen Problem erklären können, um so die Umstrukturierung der eigenen Bevölkerung durch unbegrenzte Einwanderung nach innen zu legiti-

mieren. Die demokratisch verfassten europäischen Völker erwarten von ihren Regierungen den Schutz ihres Interesses an nationaler Selbstbestimmung, auch gegen Brüssel und sowieso gegen Berlin. Innereuropäische Außenpolitik unter Respektierung nationaler Souveränität kann deshalb nicht einfach durch gesamteuropäisch zentralisierte Innenpolitik abgelöst werden. „Superstaat nein, Zusammenarbeit ja“, ein Slogan, den man heute in unterschiedlicher Form in vielen europäischen Ländern zu hören bekommt, könnte einen Weg weisen – und wird gerade deshalb von den Berufseuropäern als „anti-europäisch“ denunziert. Heterogene Großstaaten sind aber nicht die Zukunft, was immer Jürgen Habermas, der deutsche Philosoph, und Peter Sutherland, kosmopolitischer Vertreter des europäischen Kapitals, uns gemeinsam einreden wollen. Eine entwicklungsfähige und selbstverständlich auch entwicklungsbedürftige Formel für ein zukünftiges Europa könnte sich gerade und ausgerechnet in der französischen Tradition finden: de Gaulles "Europa der Vaterländer". Man könnte ja als ersten Schritt zu einem politisch korrekten *rebranding* von einem "Europa der Vater- und Mutterländer" sprechen.

Wie auch immer, die Quittung für den verpassten historischen Moment wird nicht auf sich warten lassen. Wahrscheinlich wird die Brüsseler Einigung mit Cameron und einem Teil seiner Regierung den britischen Wählern nicht genügen. In dem Fall muss man hoffen, dass ein Austritt Großbritanniens nicht zu einer Wiederbelebung zentralistischer Integrationsphantasien führt, zu einem erneuten Bündnis zwischen europäischer Linker und europäischer Technokratie. Die Folge wäre noch mehr Widerstand, nicht nur auf der schon immer nationalen Rechten, sondern auch bei der traditionellen Klientel der Linken, der angesichts der Verschmelzung des alten proletarischen mit dem neuen Finanzinternationalismus nicht viel anderes übrig bleibt als zu den, derzeit überwiegend rechten, Protestparteien überzulaufen. Wenn die einzige Antwort der Linken weiter darin besteht, ihre einstigen Wähler mit

kultureller Verachtung zu bestrafen und sie als "Pack" zu beschimpfen (Sigmar Gabriel), wird "Europa", statt einigermaßen geordnet neugegründet zu werden, infolge von wirtschaftlicher Stagnation und grenzenloser Einwanderung chaotisch zerbrechen. Dafür, dass es so kommen wird, spricht die sture, in Wahrheit feige Unbeweglichkeit der europäischen Eliten.

Unvermeidlich wäre das nicht. Der an Stärke zunehmende linke und rechte „Populismus“, wie er von der schrumpfenden Mitte herabsetzend genannt wird, könnte den jahrzehntelangen Rückgang der Wahlbeteiligung in den europäischen Demokratien beenden. Die Regierungen könnten darauf mit weiteren Schließungen der politischen Entscheidungswege reagieren, um ihre politischen Gewissheiten gegen diejenigen abzusichern, denen sie nichts mehr bedeuten. Das muss aber nicht zwingend erfolgreich sein, und dann ergäbe sich vielleicht die Möglichkeit, und die Notwendigkeit ohnehin, eines Neuaufbaus demokratischer Beteiligungschancen von unten. Erste Beispiele wären ausgerechnet in Großbritannien zu finden: die Wahl von Jeremy Corbyn zum Führer einer erneuerten Labour Party, aber auch das von der Regierung Cameron in Reaktion auf UKIP und andere angesetzte Referendum. Eine neue Welle demokratischer Beteiligung, wie Europa sie braucht, kann nicht supranational ansetzen und innerhalb von Institutionen, die von den Junckers und Draghis dieser Welt für ihre Zwecke und zu den von ihnen vertretenen Interessen passend auf- oder umgebaut worden sind. Trotzdem bedarf es, da Demokratie Luft zum Atmen braucht, auch einer Reform des supranationalen Europa. Die nach einem britischen Austritt anstehende Neuverhandlung des Verhältnisses zwischen der EU und Großbritannien böte hierfür eine weitere und vielleicht die letzte Gelegenheit. Dabei wäre zum Beispiel dem autoritären Liberalisierungsdruck des EuGH durch Stärkung der nationalen Parlamente Einhalt zu gebieten, und die EZB wäre auf ihre Kernaufgaben zu beschränken und müsste ebenso wie die Kommission aufhören zu versuchen, den Mitgliedsländern etwa ihre Haushaltspolitik vorzuschreiben.

Wenn das nicht ginge, müsste es um nichts weniger gehen als um eine abgestimmte partielle Wiederherstellung der monetären Souveränität der unter dem Euro leidenden Euroländer. Dagegen wäre der Streit um die Flüchtlinge eine Kleinigkeit.